



Videoportfolio statt Lehrprobe

Digitalisierung hat auch Auswirkung auf die Ausbildung zukünftiger Lehrpersonen. An der Pädagogischen Hochschule der FHNW erfolgt die Überprüfung berufsrelevanter Kompetenzen wie Planungs-, Handlungs-, Analyse- und Reflexionsfähigkeit neustens mittels eines Videoportfolios.

Von Kerstin Wenk

Je nach anvisiertem Studienabschluss respektive Lehrdiplom filmen die Studierenden an der PH FHNW am Ende ihrer Ausbildung unterschiedliche und verschieden lange Unterrichtseinheiten. Die Lektionen können während des Praktikums gefilmt werden oder aber auch während des regulären Unterrichts, den Studierende während ihrer Ausbildung bereits in Teilsitzungen erteilen. Die Studierenden müssen zuerst die Einwilligung der Eltern einholen, dass ihre Kinder während des Unterrichts gefilmt werden dürfen.

Planung, Filmen, Reflexion

Das Videoportfolio soll in seiner Form die Regeln einer wissenschaftlichen Arbeit berücksichtigen, weitere formale Vorgaben werden nicht gemacht. Die Studierenden müssen eine vollständige Unterrichtsplanung über mehrere Unterrichtslektionen in einem Schulfach erstellen. Zwei Feinplanungen von Lektionen, die in der ganzen Länge gefilmt werden, ergänzen die Vorbereitung. Diese müssen von den realen Voraussetzungen der Klasse ausgehen und dienen dann auch als Grundlage zur Reflexion des Unterrichts.

Die Videos werden nach folgenden Kriterien beurteilt:

Unterstützendes Klima; Achtsamkeit der Lehrperson; Berücksichtigung und Einbezug der Sichtweise der Lernenden; Lenkende Unterrichtsgestaltung und Förderung der produktiven Arbeitsweise.

Von den gefilmten Lektionen stellen die Studierenden Ausschnitte zusammen, welche lernförderliche respektive lernhemmende Elemente enthalten. Die Auswahl muss begründet werden und dient der Analyse.

Der Umfang des Videoportfolios umfasst 30000 Zeichen für die Planungsdokumente, 25000 Zeichen

für die Analyse und Reflexion sowie die im Unterricht verwendeten Blätter als Anhang. Die Studierenden erhalten einen 14-seitigen Leitfaden nach dem sie vorgehen können.

Das Video und alle Unterlagen werden schliesslich in einem Tool hochgeladen. Damit die beiden Begutachtenden das Material auch sichten dürfen, müssen die Studierenden ebenfalls das Nutzungsrecht freigeben. Nach der Abgabe haben die Studierenden keinen Zugang mehr zu ihrer Arbeit. Begutachtet werden die Arbeiten von Mitarbeitenden der PH FHNW, also von erfahrenem Fachpersonal aus dem Schulumfeld. Nach der Beurteilung erhalten die Studierenden eine Gesamtbewertung mit einer Note. Bei Bestehen erhalten sie vier Credit Points. Bei einer ungenügenden Benotung kann die Prüfung einmal im nächsten Semester wiederholt werden.

Kritische Auseinandersetzung

Die GE im vpod region basel liess sich das ganze aufwändige Verfahren an einem Treffen von Praxislehrpersonen, Lehrerinnen und Lehrern sowie Studierenden der PH FHNW vorstellen. Die Studierenden merkten vor allem an, dass der Aufwand extrem hoch sei und dieser zu einem höchst ungünstigen, eh bereits sehr stressigen Moment des Studiums betrieben werden müsse. Vor allem die Aufgaben, welche nicht direkt mit dem Unterricht zu tun hätten, würden sehr viel Zeit in Anspruch nehmen, so zum Beispiel auch die Transkription der Unterrichtsstunden. Auch das Filmen in der Klasse stelle sich in der Praxis als schwierig heraus, vor allem im Kindergarten und in der Primarschule. Die Kinder würden sich schnell von der Kamera ablenken lassen. Dadurch würde der gefilmte Unterricht nicht die Realität darstellen. Weiter sehen die Studierenden den Mehrwert dieser sehr umfangreichen Arbeit für ihre Zukunft nicht, denn sie erhalten nur eine Note ohne weitere Begründung. Somit können sie nur vermuten, was sie richtig erkannt und umgesetzt haben. Ganz im Sinne von «Schwamm darüber – Hauptsache vorbei».

Die Praxislehrpersonen bedauerten, dass sie für die Beurteilung der Studierenden nun keine Rolle mehr spielen sollen. Das verstehen sie auch als Misstrauensvotum, als ob man ihnen als erfahrene Lehrpersonen eine Beurteilung nicht mehr zutrauen würde. Auch die Lehrpersonen fanden, dass der Aufwand extrem hoch sei – und dass diese Prüfung nichts mehr mit den Kindern im Klassenzimmer zu tun habe. Es zähle nicht mehr die Praxis oder der Umgang mit dem Kind, sondern auch hier würde schliesslich der wissenschaftliche Teil in der Ausbildung aufgewertet. Die Praxislehrpersonen wünschen sich aber junge Lehrerinnen und Lehrer, die vor allem im Klassenzimmer gute pädagogische Arbeit leisten.

Die GE im vpod region basel wird sich weiter kritisch mit dem Thema «Videoportfolio» auseinandersetzen. ■

Kerstin Wenk ist als VPOD-Regionalsekretärin in Basel für den Bildungsbereich zuständig.

Tagesschulen für Bildung und Betreuung in Basel-Land



Warum es Tagesschulen auch im Kanton Basel-Land braucht und wie man diese politisch durchsetzen kann, damit beschäftigte sich eine Veranstaltung des Vereins «Bildung + Betreuung» in Liestal.

Von **Béa Bieber**

Gegen 40 Teilnehmer*innen aus Politik, Bildung und weiteren interessierten Kreisen insbesondere von Baselbieter Gemeinden trafen sich im Herbst 2017 im Frenkenbündten-Saal in Liestal, um sich mit Fragen der schulgänzenden Betreuung auseinanderzusetzen.

Lukas Ott, damals noch Stadtpräsident, hielt in seinem Grusswort fest, dass familienergänzende Kinderbetreuung für Liestal wichtig ist und hier bereits entsprechend gehandelt wird: «Umfassende Tagesstrukturen sind zwar in Liestal Normalität, ... er sei aber der Meinung, dass dieses Thema nicht den Gemeinden allein überlassen werden kann, sondern auch der Kanton in der Pflicht ist. Unter anderem auch, um eine gute Qualität der Angebote zu sichern.»

Berner Modell

Ueli Keller, Vorstandsmitglied des Veranstalters «Bildung+Betreuung Schweiz», begrüsst Miriam Kull als

Hauptrednerin. Sie ist die Leiterin des Fachbereichs «Schulgänzende Angebote» für den Kanton Bern. In ihrem Referat zeigte Frau Kull auf, was dort vor zehn Jahren nötig war, um die Entwicklung von Schulen mit Tagesbetreuung auf den Weg zu bringen. Eine Volksinitiative wies die Regie übergeordnet dem Kanton zu. Das Berner Modell sieht vor, dass der Kanton die Lohnkosten für die Tagesbetreuung (aktuell insgesamt dreissig Millionen Franken jährlich) trägt, und die Gemeinden die Infrastrukturkosten übernehmen. Die Eltern beteiligen sich einkommensabhängig mit einem Beitrag für die Betreuung und tragen die Kosten für das Essen. In den letzten zehn Jahren hat sich die Nutzung der modularen Tagesstrukturen im Kanton Bern um 70 Prozent erhöht, und die Kinder, die Angebote nutzen, tun das länger und öfters als zu Beginn der Einführung. 85 Prozent der Kinder im Kanton Bern haben inzwischen Zugang zu einem modularen Tagesschulangebot, 60 Prozent zu einem Vollzeitbetreuungsangebot. «Für die Gemeinden ist es nicht immer einfach, die nötigen Räume zur Verfügung zu stellen. Aktuell müssen wir uns um eine gute Lösung für die Betreuung während der Schulferien kümmern. Der Spardruck beim Kanton setzt uns hier keine einfachen Rahmenbedingungen», hielt die Berner Fachfrau abschliessend fest.

Was es in Basel-Land zu tun gibt

Moderiert von Hanspeter Stoll gab es anschliessend unter den Tagungsteilnehmenden spannende Diskussionen in kleinen World-Café-Gruppen (siehe Foto links oben). Folgende zwei Fragen dienten dabei als Orientierung: «Was hat das Referat bei mir ausgelöst?» und «Was kann sich in meiner Gemeinde betreffend Bildung und Betreuung verändern, wenn Tagesschulen eingeführt werden?»

Als Fazit der Veranstaltung können folgende Punkte festgehalten werden:

- Ein Selbstverständnis für ein Betreuungsangebot an Kindergärten und Schulen ist im Kanton Basel-Land noch zu schaffen.
- Aufkantonaler Ebene empfiehlt sich dafür insbesondere eine Zusammenarbeit der Bereiche Bildung und Soziales.
- Auf Stufe Gemeinde kann die Verknüpfung der Bereiche Bildung und Betreuung zu einer gemeinsam tragenden Haltung führen.
- Wo möglich sind für die schulische Tagesbetreuung vor Ort bestehende ausserschulische Angebote miteinzubeziehen.
- Günstige Elternbeiträge sollen allen Kindern mit familienernternem Betreuungsbedarf den Zugang ermöglichen.
- Sozialbilanzen (Belege für die Wirksamkeit solcher Angebote) können eine positive Haltung zur Tagesschule fördern.

Zum Schluss wurde noch die Idee geäussert, dass auch im Kanton Basel-Land eine Initiative dem Thema Tagesschulen Fahrtwind geben könnte. Allerdings zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass ein Vorstoss aus einer parteipolitischen Ecke kaum erfolgsversprechend sein dürfte. Deshalb müssen allenfalls breit abgestützte, tragfähige Allianzen gebildet werden, um so das Thema voranzubringen. Und es braucht auch im Baselbiet vermehrt Menschen, die sich für Tagesschulen stark machen und dafür den Lead übernehmen! ■



vpod basel lehrberufe

Abonniert die Zeitschrift «vpod bildungspolitik» mit regionalem Basler Teil!

Auch inhaltliche Beiträge sind jederzeit willkommen!

Die Zeitschrift «vpod bildungspolitik» erscheint fünf Mal pro Jahr. Ein Jahresabonnement für 2018 kostet Fr. 40.–
Bestellt werden kann die Zeitschrift per E-Mail unter redaktion@vpod-bildungspolitik.ch sowie über unsere Homepage

GE

vpod-bildungspolitik.ch

Béa Bieber ist Projektleiterin und Fachberaterin bei K&F, Fachstelle für Kinder und Familien, Ennetbaden.

Foto: Béa Bieber

Handwerk als Anliegen

Ein Interview mit Silvia Fankhauser über Erfahrungen aus 35 Jahren Unterricht im Kindergarten und als Lehrerin für textiles Werken an der Primarschule.

Von Johannes Gruber

Ich treffe die Kollegin Silvia Fankhauser in ihrem Familienatelier im Basler Quartier Breite. Sie ist Lehrerin für textiles Werken und Gestalten in Birsfelden am Kirchmattschulhaus.

Ursprünglich hat Silvia das Kindergartenseminar absolviert und anschliessend als Kindergärtnerin gearbeitet. Weil sie die handwerkliche und künstlerische Arbeit mit Stoffen besonders reizte, entschloss sie sich, sich zu spezialisieren und eine Zusatzausbildung zur textilen Werklehrerin zu absolvieren.

Seit einigen Jahren arbeitet sie ausschliesslich in diesem Bereich. Das Handwerk ist ihr ein wirkliches Anliegen. In ihrem Unterricht vermittelt sie ihren SchülerInnen Techniken wie Weben, Häkeln, Filzen. Zu Beginn sind dies erst einmal einfache Grundtechniken wie einfädeln und Knoten machen, am Ende der Primarschule schliesslich auch das Nähen mit der Nähmaschine. Als Lehrperson für textiles Werken hat sie ihre Schülerinnen und Schüler in der Regel durchgängig von der zweiten bis zur sechsten Klasse, sodass sie diese langfristig begleiten und bei ihren Reifeprozessen unterstützen kann. Sie wisse stets, was die Kinder bereits gelernt haben, was sie können, worauf sie in ihrem Unterricht aufbauen könne.

Politisierung durch die Lohnfrage

Bei einigen Punkten fehlt es Silvia an der offiziellen Wertschätzung gegenüber dem Handwerklichen, dies werde auch bei der Entlohnung der Werklehrerinnen deutlich. Selbst bei einer vierjährigen Fachausbildung seien die Werklehrerinnen ohne klassisches Primarlehrerinnenpatent gegenüber den Primarlehrpersonen eine Lohnklasse schlechter gestellt. Davon ist auch Silvia betroffen. Da inzwischen in Basel-Land auch Kindergartenlehrpersonen die gleiche Lohnklasse wie Primarlehrpersonen haben, wird sie damit auch schlechter entlohnt als diese.

Die Lohnfrage war es auch, die Silvia in den 1990er Jahren dazu bewog, in den VPOD einzutreten. Als damals in Basel-Land die Lohnklassenangleichung zwischen Kindergarten- und Primarlehrpersonen erfolgte, aber willkürlich festgelegt wurde, dass ein volles Pensum der Kindergartenlehrpersonen nur mit 80 Prozent der neuen Lohnklasse entlohnt werde, führte dies bei Vielen letztlich zu einer spürbaren Lohnkürzung, was auch mit geringeren Zulagen wie der Familienzulage zu tun hatte. Silvia war empört über diese Ungerechtigkeiten und versuchte innerhalb des LVB, bei dem sie damals noch Mitglied war, Einfluss zu nehmen, etwas gegen diese Lohnkürzungen zu unternehmen. Als sie merkte, dass der LVB nicht dazu bereit war, habe sie sich entschieden zum VPOD zu wechseln. Der VPOD hat sich für die Kindergartenlehrpersonen stark gemacht und die Lohnkürzungen vor die kantonale

Schlichtungsstelle gebracht. Leider lehnte damals das Kantonsgericht die Beschwerde ab. Erst kürzlich wurde die Lohngleichheit hergestellt, indem die Kindergärtnerinnen in dieselbe Lohnstufe wie die Primarlehrerinnen eingestuft wurden.

Migrationssprachen

Das Kindergartenseminar hatte Silvia in den 1970er Jahren in Estavayer-le-Lac, Kanton Fribourg, absolviert. Als sie zehn war, sind ihre Eltern mit der Familie in die Westschweiz gezogen, sodass sie ihre Jugend in der Romandie verbrachte. Schule und Ausbildung absolvierte Silvia ab diesem Zeitpunkt auf Französisch. Ihre Jugend in der Romandie förderte ganz allgemein ihr Interesse für Sprachen. Als in den 1980er Jahren Birsfelden eine der ersten Gemeinden war, in denen Deutsch als Zweitsprache (DaZ) mit entsprechenden zusätzlichen Ressourcen eingeführt wurde, übernahm Silvia lange auch DaZ. Die Situation von Zuwandererkindern kannte sie aus eigener Erfahrung. Besonderes Anliegen war ihr erst einmal, dass die Kinder Freude an der neuen Sprache bekommen, diese überhaupt erst einmal lernen wollen und sich für diese öffnen.

Kopflastiger Lehrplan 21

Den laufenden Reformen und Restrukturierungen steht Silvia skeptisch gegenüber. Sie hat den Eindruck, dass diese schon deswegen auf den Weg gebracht würden, um die Bürojobs zu legitimieren, die hinter diesen stecken. So entstehen zum Beispiel jedes Jahr neue Vorgaben und Formulare für Beurteilungsgespräche. Auch der neue Lehrplan 21 überzeuge nicht völlig. Spannend an diesem sei vor allem das Vernetzende, dies hänge jedoch letztlich nach wie vor sehr stark an den Personen. Während der alte Lehrplan klarere Vorgaben gemacht habe, sei der neue nun zwar offener. Dies sei aber nicht unbedingt eine Verbesserung, entscheidend sei mehr denn je die Arbeit der Lehrperson, die nun eigenständig einen Bogen von der zweiten zu den oberen Klassen herstellen müsse. Gerade für Lehrpersonen ohne differenzierte Fachausbildung und Erfahrung werde es somit nicht einfacher. Im Lehrplan 21 werde alles zu stark intellektualisiert. Die handwerklichen Techniken kämen zu kurz, stattdessen betone dieser stark das Reflektieren und Experimentieren. Beides hätte jedoch das Erproben und Kennlernen von Techniken zur Voraussetzung: Das Handwerk könne man nur reflektieren, wenn man handwerklich tätig ist. Kinder müssen zuallererst ihre Hände gebrauchen können. Im Werkunterricht gibt es Kinder, so Silvia, die haben eine Idee, und gehen dann ganz klar ihren Weg. Manchmal haben diese in Fächern wie Deutsch oder Mathematik Mühe, sind dann aber im Werkunterricht selbstständig und brillieren im Handwerk.

Selbstbestimmtes Engagement wird verhindert

Die Aufgaben für die Lehrpersonen nehmen immer mehr zu, zum Beispiel wird die Beteiligung an Arbeitsgruppen erwartet. Was Silvia daran betroffen macht, ist, dass den Lehrpersonen so Zeit und Energie für selbstbestimmtes Engagement an Punkten entzogen werde, bei denen man selber das Gefühl habe, dass dieses gerade hier wichtig sei. Das ist gefährlich, sagt Silvia, die Lehrpersonen werden so immer unmündiger gemacht. ■



Silvia Fankhauser in ihrem Basler Atelier. Auch einen Grossteil ihrer Freizeit verbringt die Werklehrerin mit textilen Arbeiten.